



Heinz Wiese MdB informiert

28. April 2017

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Alb-Donau-Kreis

Gesetzentwürfe zu Armutsprävention und Renteneinheit

In dieser Woche beraten wir in erster Lesung zwei Gesetzentwürfe, die Ruhe in das komplizierte Thema „Rente“ bringen werden: Zum einen wollen wir die Leistungen bei Renten mit verminderter Erwerbsfähigkeit verbessern. Zum anderen schaffen wir mit dem Rentenüberleitungsabschlussgesetz die Basis für ein bundesweit einheitliches Rentenrecht in Ost und West.

- 1) Der Bund weitet die **Erwerbsminderungsleistungen** für diejenigen spürbar aus, die aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig in Rente gehen und mit Altersarmut rechnen müssen. Die Reform stellt alle besser, die vom Jahresbeginn 2018 an neu in eine Erwerbsminderungsrente gehen. Die Renten dieser 1,8 Millionen Menschen werden künftig so berechnet, als ob sie bis 65 Jahre mit ihrem durchschnittlich verdienten Lohn weiter gearbeitet hätten. Die bestehenden Abschläge bleiben unverändert. Die Verlängerung der Zurechnungszeit für Rentenzugänge wollen wir auch in der Alterssicherung der Landwirte einführen.
- 2) Wir vereinheitlichen die gesetzliche **Rentenversicherung** bis zum Jahr 2025. In einem Aufholprozess werden die Ost-Renten von 51% im Jahr 1991 bis 2025 auf 100% des Westwertes ansteigen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Höherwertung der Ostlöhne bei der Rente abgeschmolzen sein. Mit diesem Vorhaben schaffen wir die Voraussetzungen für ein bundesweit einheitliches Rentenrecht. In einem für viele Menschen wichtigen Bereich tragen wir so zur Rechtseinheit und zur inneren Einheit unseres Landes bei. Damit erfüllen wir eine der Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag.

Mehr innere Sicherheit

CDU und CSU sind die treibenden Kräfte, wenn es darum geht, die Sicherheitsstrukturen in unserem Land zu festigen. In dieser Woche beschließt der Bundestag dazu eine ganze Reihe von Gesetzen.

In zweiter und dritter Lesung verabschieden wir Vorgaben, um **Fluggastdaten** zur Aufdeckung und Verfolgung terroristischer Straftaten und schwerer Kriminalität zu nutzen. Für dieses Vorhaben haben wir jahrelang auf EU-Ebene gekämpft. Künftig verpflichten wir Luftfahrtunternehmen zur Übermittlung von Fluggastdaten für Flüge, die in Deutschland starten oder hier landen. Wir schließen damit Sicherheitslücken im zivilen Flugverkehr.

Durch die **Reform des BKA-Gesetzes** schaffen wir den rechtlichen Rahmen, um die IT-Systeme der Polizei grundlegend zu modernisieren. Zudem beschließen wir Maßnahmen, die den Datenschutz bei der Strafverfolgung stärken und den Informationsfluss zwischen den Polizeibehörden in Europa verbessern sollen.

Ein besonderes Anliegen der Union ist der **stärkere Schutz von Polizisten** und anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen. Mit dem neuen Straftatbestand des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ wollen wir Attacken auch bei allgemeinen Diensthandlungen wie etwa dem bloßen Streifengang gesondert unter Strafe stellen. Diese gelten bereits dann als schwerer Fall, wenn der Täter eine Waffe bei sich führt - selbst, wenn eine tatsächliche Verwendungsabsicht nicht vorliegt. Das sind wir all jenen schuldig, die tagtäglich den Kopf für uns alle hinhalten.

Zugleich greifen wir die **Problematik der „Gaffer“** auf. Werden Einsatzkräfte in unverantwortlicher Weise bei ihrer Arbeit behindert, steht dies künftig unter Strafe.

Kriminalität steigt etwas, Einbruchszahlen sinken

Die in dieser Woche von Bundesinnenminister de Maizière vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 offenbart: Die Anzahl der Straftaten ist gegenüber dem Vorjahr auf 6,373 Mio. gestiegen - ein leichter Anstieg um 0,7%. Die Aufklärungsquote - 56,2% - ist konstant geblieben bei. Bei allen Straftaten wurden etwa 2,360 Mio. Tatverdächtige ermittelt, davon waren 953.744 Ausländer. In einzelnen Deliktsbereichen gibt es günstige Entwicklungen: So sind die Einbruchszahlen um 9,5% auf 151.265 Fälle gesunken. Bei den Einbrüchen gibt es große regionale Unterschiede: Das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, ist in NRW und Schleswig-Holstein etwa fünfmal so groß wie in Bayern. In Baden-Württemberg gibt es die wenigsten Straftaten pro 100.000 Bürger. Dagegen ist die Zahl der Gewaltdelikte um 6,7% auf 193.542 ebenso gestiegen wie Straftaten gegen das Waffengesetz (um 14,8% auf 34.443 Fälle). Rauschgiftdelikte legten um 7,1% auf 302.594 Fälle zu .

(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2016)

Die Woche im Parlament

Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen

Ehen zwischen Minderjährigen können das Wohl der Kinder bzw. Jugendlichen maßgeblich beeinträchtigen. Es ist unsere Aufgabe, im Sinne des Kindeswohles tätig zu werden. In erster Lesung beraten wir einen Gesetzentwurf, mit dem wir das Ehemündigkeitsalter im deutschen Recht ausnahmslos auf 18 Jahre festlegen wollen. Eine entgegen diesen Bestimmungen geschlossene Ehe ist aufhebbar, wenn ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Eheschließung das 16. Lebensjahr bereits vollendet hatte. Ist dies noch nicht der Fall, wird die Wirksamkeit der Ehe versagt. Diese Grundsätze sollen auch für nach ausländischem Recht wirksam geschlossene Minderjährigen-Ehen gelten.

Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes

In zweiter und dritter Lesung ändern wir das Kraftfahrzeugsteuergesetz. Danach sind ab dem 1. September 2018 die im Rahmen eines neuen Testverfahrens ermittelten, realitätsnäheren CO2-Werte für die Kraftfahrzeugsteuer anzuwenden. Indem wir einen identischen Stichtag für Kfz-Steuer und Anwendung der neu ermittelten Abgasemissionswerte für Erstzulassungen festlegen, schaffen wir Rechts- und Planungssicherheit. So stellen wir die Gleichmäßigkeit der Besteuerung sicher.

Regelungen der Gesichtverhüllung

Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung Vorgaben, wonach Beamte, Soldaten und Wahlhelfer bei der Ausübung ihres Dienstes ihr Gesicht nicht verhüllen dürfen. Ausnahmen sind nur aus dienstlichen oder gesundheitlichen Gründen vorgesehen.

Gesetz zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Schlussberatung

Der Bundestag berät in dieser Woche abschließend über das 4. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ zwischen Bund und Ländern. Der Bund stockt das 2007 eingerichtete Sondervermögen um 1,126 Mrd. Euro auf und verlängert die Bewilligungsfrist der Bundesmittel für Länder und Kommunen um ein Jahr. Diese können „Bundesgeld“ erst abrufen, wenn sie zuvor eigene Mittel eingesetzt haben – Stichwort: „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin



Mitte dieser Woche konnte ich rund 50 politisch Interessierte aus dem Wahlkreis in der Hauptstadt begrüßen. Eines der Highlights der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt: das Plenum des Deutschen Bundestages mit Kuppelbesuch – und natürlich eine Diskussion mit mir.

Ihr

Heinz Wiese MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: +49 30 227-77668

E-Mail: heinz.wiese@bundestag.de

www.heinz-wiese.de

Ihr